

Über-flüssiges Gas Keine öffentliche Förderung für LNG-Terminals!



© Foto: Ken Hodge | flickr.com | CC BY 2.0

Russland und die USA ringen beim Erdgas um gewinnbringende Absatzmärkte. Aktuell im Fokus: Die deutsche Küste. Hier soll nicht nur die russische Pipeline Nord Stream 2 andocken, Unternehmen wollen auch mehrere Terminals für LNG (Liquefied Natural Gas = verflüssigtes Gas) errichten, damit Flüssigerdgas an der Nordseeküste anlanden kann. Zum Beispiel aus Katar, oder in Zukunft auch per umweltschädlichem Fracking gewonnenes LNG aus den USA: Brunsbüttel, Stade,

Wilhelmshaven und Rostock sind im Gespräch. Diese Städte führen einen Standortwettbewerb um mindestens zwei LNG-Terminals, die Bundeswirtschaftsminister Altmaier angekündigt hat. Die Küste wird zur Drehscheibe von Handelsinteressen und außenpolitischen Deals – bei denen Klima- und Umweltaspekte keine Rolle mehr spielen.

DIE LINKE.

Was ist LNG?

LNG ist Methangas, das auf minus 160 Grad Celsius abgekühlt und verflüssigt wird. Dafür ist sehr viel Energie notwendig, was circa zusätzliche 25 Prozent des Gases verbraucht. Methan ist über 100 Jahre gerechnet 28 mal klimaschädlicher als CO₂, über 20 Jahre sogar 84 mal. Lieferland Nummer eins an nordeuropäische LNG-Terminals ist zurzeit Katar. Donald Trump setzt nun alles daran, künftig US-Erdgas in Europa zu veräußern, auch über deutsche Terminals. Bei diesem LNG handelt es sich in der Regel um Gas, das durch Fracking gefördert wurde. Fracking ist eine hochriskante Gas-Förder-Technik, die starke Umweltschäden verursacht. Mit dem Import von Fracking-Gas aus den USA soll auch die Gasgewinnung mit der Fracking-Methode in Deutschland salonfähig gemacht werden. Auf die derzeit im Schiefergestein verbotene Förderung drängen die Gaskonzerne seit Jahren.

Steuerzahler und Verbraucher blechen

Die Bundesregierung, die EU und das Land Schleswig-Holstein wollen LNG-Terminals mit viel Geld fördern. Und das, obwohl die Auslastung von bestehenden LNG-Terminals in Nachbarländern derzeit bei nur ca. 22 Prozent liegt. Zudem will Altmaier die Betreiber von Gasfernleitungsnetzen verpflichten, die erforderlichen Leitungen zwischen LNG-Terminals und dem Fernleitungsnetz zu errichten (Netzanschluss). Damit würden die Gas Kundinnen und -kunden zur Kasse gebeten. DIE LINKE lehnt diese Finanzhilfen ab. Für eine sichere Gasversorgung brauchen wir weder Nord Stream 2 noch LNG-Terminals. Künftig wird weniger Erdgas gebraucht, selbst wenn einige Quellen schrumpfen, etwa in den Niederlanden. Durch effizientere Gebäude, mehr Erneuerbare Energien und trotz Kohleausstiegs muss und wird der Gasbedarf zurückgehen, ganz im Sinne des Pariser Klimavertrags.

Saubere Schiffe?

Auch im Verkehrsbereich ist die Rolle von LNG fraglich. Wer künftig in LKWs statt Diesel Flüssiggas einsetzen will, lügt sich in die Tasche. Die Treibhausgas-Bilanz ist bei beiden ähnlich schlecht. Andere wollen die LNG-Terminals mit einem Treibstoffwechsel bei Schiffsantrieben rechtfertigen. Zwar ist Flüssiggas tatsächlich weniger schädlich als das ultra-dreckige Schweröl, es bleibt aber ein fossiler Antrieb. Will man es übergangsweise trotzdem nutzen, um schnell giftige Schadstoffe zu mindern, ließe sich Pipeline-Gas problemlos in Deutschland verflüssigen. Parallel muss alles daran gesetzt werden, weiter zu forschen, um z.B. den Schiffsverkehr auf ökologische Antriebe wie Brennstoffzellen umzustellen. Dafür wären Förder-Millionen besser angelegt.

Billiges Gas wird gern verheizt

Ein Gasabsatzkrieg führt dazu, dass Deutschland und Europa mit Erdgas geflutet werden, folglich sinken die Gaspreise. Was vielleicht die Wirtschaft freut, verhindert dringend notwendige energetische Gebäudesanierungen. Denn gut isolierte Häuser und klimafreundliche Heizungen würden sich kaum noch rechnen. Bereits heute ist es oft billiger, erneut eine Gasheizung einzubauen, als eine moderne auf der Basis erneuerbarer Energien.

Unter dem Strich ist es unverantwortlich, mit der Förderung von LNG-Terminals den Klimaschutz zu torpedieren. DIE LINKE lehnt deshalb jegliche Finanz- und Anschlusshilfen für LNG-Infrastruktur ab.

V.i.S.d.P.: Lorenz Gösta Beutin, MdB
Hubertus Zdebel, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

DIE LINKE.